

**Der Grosse Rat Le Grand Conseil
des Kantons Bern du canton de Berne**

Dienstag (Nachmittag), 10. September 2019 / Mardi après-midi, 10 septembre 2019

Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion / Direction des travaux publics, des transports et de l'énergie

**46 2019.RRGR.57 Motion 039-2019 Ammann (Bern, AL)
Klimanotstand – Delegation für den Klimaschutz schaffen**

**46 2019.RRGR.57 Motion 039-2019 Ammann (Berne, LG)
Urgence climatique – constitution d'une délégation pour la protection du climat**

Präsident. Wir kommen zum Traktandum 46. Es handelt sich um eine Motion von Grossrätin Ammann. Auch hier führen wir eine reduzierte Debatte. Ich gebe der Motionärin, Christa Ammann, das Wort.

Christa Ammann, Bern (AL). Die vorliegende Motion fordert, dass in Bern eine Delegation für den Klimaschutz geschaffen wird. Und in dieser Delegation sollen Regierungsmitglieder und Ämter vertreten sein, die eine besondere Verantwortung für den Klimaschutz tragen, und diese Delegation soll sich auch ausschliesslich mit diesen dringlichen Themen und den besonderen Aufgaben, die aus dem dringlichen Thema heraus resultieren, beschäftigen. Die Schaffung einer solchen Delegation ist nötig, wenn wir etwas gegen den Klimawandel tun wollen, oder zumindest, wenn wir etwas so rechtzeitig tun wollen, dass auch zukünftige Generationen einen menschenlebenfreundlichen Planeten vorfinden. Es freut mich, dass der Regierungsrat die hohe Dringlichkeit dieses Anliegens sieht, diese in der Antwort anerkennt und auch bereits verschiedene Formen, wie eine solche Taskforce oder Delegation ausgestaltet sein könnte, vorschlägt. Den Punkt 3 dieses Vorstosses ziehe ich aufgrund der Antwort des Regierungsrates zurück.

Ich bitte die anwesenden Mitglieder des Grossen Rates nach der Absichtserklärung, die wir hier als Grosser Rat gefasst haben, klimarelevante Vorstösse prioritär zu behandeln (*GRB/AGC 2019.RRGR.43*), jetzt auch eine Grundlage zu schaffen für die Möglichkeit, den Klimaschutz auch directionsübergreifend, effektiv und prioritär anzupacken. Ich bitte Sie, die ersten zwei Punkte dieser Motion zu unterstützen. Danke.

Präsident. Der Punkt 3 ist zurückgezogen worden. Die Punkte 1 und 2 bleiben als Motion aufrechterhalten. Das Mikrofon ist frei für Fraktionssprechende. (*Kurze Pause / Courte pause*) Wie gesagt, es ist eine reduzierte Debatte. Ich gebe zuerst Fritz Ruchti für die SVP das Wort.

Fritz Ruchti, Seewil (SVP). Es ist natürlich ganz klar: Man ist populistisch, wenn man heute etwas in Sachen Klima macht. Man hat ja auch die Demos dahinter; die ganze Jugend war an einem Freitagnachmittag auf der Strasse. Statt in die Schule zu gehen, ging man auf die Strasse. Jetzt fordert die Motionärin eine Delegation explizit für den Klimaschutz, und diese Delegation solle ausschliesslich im Klimaschutz resultierende Aufgaben betreuen. Der Punkt 3 ist zurückgezogen.

Dies haben wir in unserer Fraktion kreuz und quer diskutiert. Wir sehen, dass in den Punkten 1 und 2 Anhaltspunkte vorhanden wären, über die man diskutieren könnte. Jetzt kommt aber das grosse Aber. Aber, werde Anwesende, wenn Sie jetzt gerade die Zeitung gelesen haben, dann haben Sie vielleicht auch dies hier gelesen, nämlich, dass genau die Jungen, die demonstriert hatten, im Progr in Bern einen solchen Abfall hinterliessen, sodass im Progr eigentlich der Notstand ausgerufen wurde. Dort wollen sie alles, was auf dem Boden liegt, so Zeug und Geschichten, nicht mehr entsorgen, nur noch das, was in den Containern ist und das, was irgendwie entsorgt wird. Und da frage ich mich und auch unsere Fraktion schon: «Was ist eigentlich los?» – Man demonstriert, man fordert. Ist denn dieser Klimaschutz eigentlich nicht an jedem, an den Jungen und an uns? Jeder sollte dazu beitragen, dass es dem Klima besser geht und nicht nur dann teilnehmen, wenn es offiziell eine Demo gibt, wobei man danach in der Zeitung liest, zu welchen Zustände das führt, in einer Schule, die eigentlich die Menschen für die Zukunft formt. Weshalb ist dann die SVP-Fraktion mehrheitlich für die Ablehnung der Punkte 1 und 2, die eigentlich von der Regierung auch in einem Postulat hier

anerkannt werden? – Das ist es, denn wir sehen: Eigentlich sollte jeder bei sich selbst anfangen und nicht immer noch neue ... (*Der Präsident bittet den Redner zum Schluss zu kommen. / Le président demande à l'orateur de conclure.*) ... Delegationen machen und neue Forderungen stellen. Die SVP lehnt die Punkte 1 und 2 mehrheitlich ab. Vielleicht gibt es einzelne, die sich enthalten werden.

Michel Seiler, Trubschachen (Grüne). Die Erde ist rund. Alles, was wir irgendwo auf ihr machen, hat Wirkung auf das Ganze. Unser Konsum, der Handel, Urwald-Brandrodungen, mehr Strassen, Trockenheit, ein Jahrhunderthochwasser in Schangnau und Flüchtlingsströme stehen alle in einem Zusammenhang. Ganzheitliches Denken und Handeln ist gefragt. Ich denke, was neu ist, ist, dass wir nur dann Erfolg haben werden, wenn wir uns alle zusammen auf den Weg machen und Heimat schaffen und stärken, für die Vielfalt der Pflanzen, der Tiere und für alle Menschen.

Nachhaltigkeit heisst, nicht mehr nehmen, als die Erde langfristig hergibt. Doch wir bedienen uns an den Ressourcen und bezahlen nur einen kleinen Teil der Zeche. Das ist Zechprellerei. Das ist freier Markt ohne Verantwortung für das, was nachher kommt. Wenn die Jugend zu Zehntausenden auf die Strasse geht und langfristigen, gerechten Erhalt und Instandstellung der Lebensgrundlagen und Lebensräumen fordert, dann ist das eigentlich ein radikales, bürgerliches, konservatives Anliegen, das langfristig auch Sicherheit bringt. Ich erlebe persönlich immer mehr äusserlich gesunde junge Menschen, die zweifeln, ob sie in dieser kaputten Welt weiterleben wollen. Die jungen Menschen, jetzt auf der Strasse, geben genau diesen zweifelnden, gleichaltrigen Menschen Perspektiven. Geben wir also diesen jungen Menschen auch hier drin mit einem Ja zu diesem Vorstoss Schub. Sie wollen mit dem Karren auf schwierigem Pfad vorausgehen. (*Der Präsident bittet den Redner zum Schluss zu kommen. / Le président demande à l'orateur de conclure.*) Packen wir doch mit an. Lassen wir das goldene Kalb der Gier stehen und vermehren wir das Goldgewicht der Liebe.

Julien Stocker, Biel/Bienne (glp). Die Motionärin möchte eine Delegation für den Klimaschutz schaffen. Prinzipiell befürworten wir in unserer Fraktion alle Bestrebungen, dem Klimawandel entgegenzuwirken, und finden es durchaus sinnvoll, dass das Thema directionsübergreifend angegangen wird. Ich möchte aber der Motionärin danken, dass sie den Punkt 3 zurückgezogen hat. Denn wir haben diese Bedenken der Regierung geteilt. Jetzt stellt sich natürlich die Frage: Was ist der Sinn einer Delegation, wenn sie gar nicht handlungs- oder beschlussfähig ist? – Deshalb fordern wir die Motionärin auf, zu wandeln, dann können wir den Ziffern 1 und 2 grossmehrheitlich zustimmen, und die Regierung könnte noch einmal prüfen, in welchem Rahmen eine solche Delegation Sinn machen würde.

Martin Aeschlimann, Burgdorf (EVP). Ja, für die EVP-Fraktion macht eine solche Taskforce Klima, wie sie hier eigentlich gefordert wird, eine directionsübergreifende Querschnittsfunktion, eigentlich Sinn. Verschiedene Gemeinden und Städte haben eine solche Taskforce Klima schon geschaffen. Es ist ja eigentlich so ein wenig ... Für mich hat es ein wenig den Charakter, dass die Absichtserklärungen, die man da so vollmundig in den Mund genommen hat, wie eine konkrete, tatkräftige Dimension erhalten. Also für uns macht es Sinn. In Postulatsform sicher einstimmig, in Motionsform mehrheitlich werden wir dieser Forderung sicher zustimmen. Was mich mehr beschäftigt, ist bei diesem Vorstoss und auch bei gewissen Voten, die ich hier gehört habe, oder auch bei diesen Posts, die man auf den sozialen Medien lesen kann: Es sind so diese Fingerzeige auf die Jugendlichen, die sich jetzt für das Klima engagieren und sich um das Klima Sorgen machen. Ich finde das nicht fair, ich finde das irgendwo auch ein wenig falsch. Weshalb? – Weil ... (*Der Redner hält inne. / L'orateur marque une pause.*) hier haben ganz andere Möglichkeiten, ganz andere Hebel eigentlich, um klimapolitisch etwas zu bewirken als die Jugendlichen, die demonstrieren gehen. Ob sie jetzt ihren Abfall aufsammeln und sauber versorgen, oder ob sie sich jetzt in einem um 1 Grad kühleren Schulzimmer befinden – das sind nicht die grossen Hebel, das suggeriert nur etwas, und das ist eben ein Fingerzeig zurück: Man dreht jetzt einfach den Spiess um. Und das stört mich bei diesen Vorstössen, auch bei jenem von vorhin, vor allem die Begründung, weil man dort eigentlich nicht fair ist und sagt: «Ja, eigentlich haben die Umweltbedingungen, die die jungen Leute hier antreffen, auf diesem Planet, sehr viel mit uns zu tun.» Davor können wir uns auch einfach nicht verstecken, und es ist nicht fair, wenn wir jetzt den Spiess umdrehen. Denken Sie daran, wenn Sie das nächste Mal ... Es gibt Leute unter uns, die bereits mit Enkelkindern spazieren gehen. Denken Sie daran: Diese können nichts dafür, es hat viel mit uns zu tun.

Bernhard Riem, Iffwil (BDP). Hier die Meinung der BDP-Fraktion zu dieser Motion: Die zwei ersten Punkte sind im Grundsatz sinnvolle Forderungen und auch Möglichkeiten, wenn es – und das ist jetzt für uns ausschlaggebend – diese nicht alle in irgendeiner Art und Weise schon gäbe. Klar, es gibt keine explizite Delegation für Klimaschutz, aber es gibt directionsübergreifende Arbeitsgruppen zu allen wichtigen Klimathemen, so wie es der Regierungsrat ausführt. Es gibt kein Gesetz, keine Fördermassnahmen, keine neuen Vorschriften, die nicht breit diskutiert werden oder diskutiert müssen werden. Dann haben wir auch noch den Bund zu berücksichtigen, der lange im Voraus wichtige Schritte vorgibt, oder auch die Umweltverbände, die Forderungen stellen, und so weiter. Wir zweifeln deshalb an einem wesentlichen Nutzen dieser geforderten neuen Klimadelegation. Wir wollen gute und fortschrittliche Lösungen, aber keine umtriebige Hektik, keine aufgeblähte Verwaltung, sondern schlanke Strukturen und mutige Entscheide in der Klimafrage. Ich glaube, unsere Partei hat jetzt bewiesen, dass sie in Klimafragen – das heisst, insbesondere in Energiefragen – in den letzten Jahren einen sehr fortschrittlichen Kurs vertrat. Wir wollen Lösungen, die etwas bringen. An einer solchen Delegation zweifeln wir, ob sie wirklich etwas Zusätzliches bringt, das wir nicht schon haben. Wir lehnen deshalb die ersten beiden Punkte als Motion ab. Aber ein Postulat unterstützen wir, weil es sich immer lohnt, die Zusammenarbeit laufend zu überprüfen und zu verbessern. Danke.

Präsident. Für die SP-JUSO-PSA, David Stampfli.

David Stampfli, Bern (SP). Ja, die streikenden Schüler und Schülerinnen. Manchmal habe ich das Gefühl, es seien die Gleichen, die sie kritisieren, die nicht darauf hören wollen, was man in der Schule über den Klimawandel lernt. Die SP-JUSO-PSA-Fraktion unterstützt den Vorstoss einstimmig, egal ob als Motion oder als Postulat. Wir danken auch Christa Ammann, dass sie den Punkt 3 zurückgezogen hat, weil dieser wirklich problematisch gewesen wäre.

Das ist genau der Punkt. Wenn man etwas konkret umsetzen will, dann muss man so etwas machen. Dann muss man schauen, dass es *in der Verwaltung* auch wirklich umgesetzt wird. Demonstrieren, das ist ein grosser Schritt. Das ist einmal der Anfang, um auf das Thema aufmerksam zu machen. Das kann man gut oder schlecht finden. Aber das Thema ist wichtig, wir müssen es angehen. Das Nächste ist, dass wir hier drin darüber beraten und dass wir es aufnehmen und sagen: «Ja, wir wollen handeln. Wir als politische Mandatsträger und Mandatsträgerinnen erkennen das Problem, wir wollen etwas in die Wege leiten.» Aber damit ist es noch nicht getan, es muss dann danach umgesetzt werden. Und umgesetzt wird es in der Verwaltung. Die Verwaltung wird es so umsetzen, je mehr sie darauf getrimmt wird, dass man sich bei jedem Thema darum kümmern muss, welche Auswirkungen es denn auf das Klima hat, im Sinne von: «Belasten wir sie hier wieder?». Ist Ihnen auch schon aufgefallen – Sie wissen es ja –, dass bei den meisten Geschäften am Schluss steht: «Auswirkungen auf Personal und Finanzen?». Aus meiner Sicht müsste dort auch noch stehen: «Auswirkungen auf das Klima», denn genau darum geht es hier. Wenn man eine solche Delegation schafft, dann wird das regelmässig angeschaut. Das ist die konkrete Umsetzung, nicht der Vorstoss, den wir hier beschliessen, das ist auch schön, das ist gut. Aber konkret wird es erst nachher in der Verwaltung, welche sich darum kümmert. Genau das wird hier verlangt, und deshalb stehen wir hinter dieser Forderung. Danke für die Unterstützung.

Sandra Hess, Nidau (FDP). Der Vorstoss verlangt von der Regierung, es sei eine Delegation für den Klimaschutz zu schaffen, und er will, dass die Regierung eine besondere Verantwortung übernimmt. Er gibt auch vor, wie sie das machen soll und mit welchem Ziel. Damit haben wir grundsätzlich ein wenig Mühe. Denn wir sind klar der Meinung, dass es klare Regelungen und Zuständigkeiten gibt betreffend die Exekutive, die Legislative und die Verwaltung. Die geforderte Bildung einer speziellen Delegation zur Lösung von directionsübergreifenden Aufgaben, die ja sehr schön ausgeführt ist in der Antwort der Regierung, ist eine directionsübergreifende Aufgabe; diese ist klar Sache der Regierung und nicht des Grossen Rates. Was das Thema an sich angeht, der Klimaschutz, hat die Regierung ja jüngst mit den Regierungsrichtlinien gut aufgezeigt, wie sie das Thema Klima und Umweltschutz ernst nimmt und angehen will und wie sie das in dieser Legislatur behandeln wird. Es wird also dann unsere Aufgabe sein, diese Arbeit zu würdigen, wenn sie vorliegt und wenn die entsprechenden Massnahmen zur Genehmigung oder vielleicht auch nur zur Kenntnisnahme in der Kommission oder im Plenum bei uns eintreffen werden. Da das Anliegen beim Regierungsrat aber trotzdem auf offene Ohren stösst, ist er ja bereit, die Bildung einer Delegation zu prüfen; er hat das in Punkt 1 so dargelegt, und wir würden das als Postulat auch unterstützen.

Punkt 2: Das Ziel, die Treibhausgasemissionen bis 2030 auf netto null zu senken, dieses schiesst weit über das Ziel der kantonalen Energiestrategie 2035 oder auch des Pariser Klimaabkommens hinaus, und der Regierungsrat sagt das auch selbst. Deshalb sind wir schon gespannt, mit welchen konkreten Massnahmen er das erreichen will. Jedenfalls wollen wir wollen aber den Enthusiasmus der Regierung nicht bremsen. Daher unterstützen wir diesen Vorstoss in den Punkten 1 und 2 als Postulat, als Motion lehnen wir ihn ab.

Präsident. Ich gehe davon aus, dass die EDU auf ein Votum verzichtet. Béatrice Stucki, sind Sie irgendwo auf den Knopf gekommen? Ach so, das ist gut. Ich gebe das Wort dem ... Ich gebe ihm das Wort nicht. *(Grossrätin Ammann signalisiert dem Präsidenten, dass sie das Wort wünscht. / Mme la députée Ammann signale au président qu'elle voudrait prendre la parole.)*

Trägt dann irgendjemand Grossrätin Ammann in die Rednerliste ein? – Ich gehe davon aus, dass Christa Ammann die beiden Punkte wandelt. Dann erhält sie noch einmal das Wort.

Christa Ammann, Bern (Grüne). Ich habe vorhin aufgepasst: Man kann nur noch einmal sprechen, wenn man während einer reduzierten Debatte wandelt. Ich danke Ihnen für die Ausführungen und bin auch froh, dass das Anliegen zumindest in Form eines Postulats von einer Mehrheit hier drin unterstützt wird, und werde dementsprechend den Punkt 1 und den Punkt 2 wandeln.

Präsident. Ich bin froh um alle, die so gut aufpassen, besten Dank. Ich lasse die zwei Ziffern einzeln zur Abstimmung bringen. Die Ziffer 1 dieser Motion ist jetzt ein Postulat. Wer die Ziffer 1 annimmt, stimmt Ja, wer diese ablehnt stimmt Nein.

Abstimmung (Geschäft 2019.RRGR.57; Ziff. 1 als Postulat)

Vote (Affaire 2019.RRGR.57 ; ch. 1 sous forme de postulat)

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Annahme / Adoption

Ja / Oui 102

Nein / Non 42

Enthalten / Abstentions 2

Präsident. Sie haben die Ziffer 1 als Postulat angenommen, mit 102 Ja- gegen 42 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen.

Wer die Ziffer 2 als Postulat annehmen will, stimmt Ja, wer dies ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung (Geschäft 2019.RRGR.57; Ziff. 2 als Postulat)

Vote (Affaire 2019.RRGR.57 ; ch. 2 sous forme de postulat)

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Annahme / Adoption

Ja / Oui 103

Nein / Non 41

Enthalten / Abstentions 2

Präsident. Sie haben auch die Ziffer 2 als Postulat angenommen, mit 103 Ja- gegen 41 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen.